

Fluglärm-Demo bis zur Grenze?

Schutzverbandsvorsitzende Bettina Oestreich nimmt zu „Spitzengespräch“ im Freilassing Rathaus Stellung

Von Michael Hudelist

Freilassing. Überrascht reagieren Mitglieder des Fluglärm-Schutzverbands auf ein Treffen von bayerischen Bürgermeistern mit der Führungsebene des Flughafens. Danach hatte es in einer Aussendung geheißen, man wolle wieder ruhigere Töne anschlagen, und der Airport werde „weitere Ansätze finden, um Abhilfe für die lärmgeplagten Bayern zu schaffen“ (wir berichteten). Bettina Oestreich als Vorsitzende des Schutzverbands glaubt indes nicht, dass „ausgerechnet der Flughafen den Lärmschutz voranbringen kann“. Sie plant eine Demo gegen den Fluglärm am 22. September, der Protestzug soll vom Rathausplatz zur Grenze führen.

Das Eingeständnis des ehemaligen Flughafenaufsichtsrats Anton Bucek, wonach der Südanflug „nur aus Bequemlichkeit“ nicht genutzt wird, führte offensichtlich zu einem spontan anberaumten Spitzentreffen zwischen der Flughafen-Geschäftsführung und den Bürgermeistern der drei betroffenen bayerischen Anwohnerkommunen Freilassing, Ainring und Saaldorf-Surheim, denn die Geschäftsführerin des Airports hatte nach eigenem Bekunden dafür extra ihren Urlaub unterbrochen. In einer schriftlichen Erklärung hieß es nach dem Treffen, sie habe es sich zu einer „persönlichen Aufgabe gemacht, etwas Positives für



Rund 500 Teilnehmer demonstrierten am 24. November 2012 gegen die ihrer Meinung nach unfaire Verteilung des Fluglärms. Geändert hat sich seither trotz zahlreicher Zusagen nichts. – Archivfoto: Michael Hudelist

alle Beteiligten zu erreichen“. In Freilassing merkt man davon noch nichts, gibt es doch wieder mehr Starts und Landungen. Freilassings Bürgermeister Josef Flatscher spricht von „leichten Verschlechterungen“. In Zukunft wolle man aber „konstruktiv miteinander statt gegeneinander arbeiten“, schon in den nächsten Wochen sollen „konkrete Maßnahmen“ folgen.

Speziell diese Aussage überrascht Oestreich, die zu dem Treffen mit der Flughafenspitze nicht eingeladen war. „Bisher hieß es beim Thema Umsetzung der Vorschläge seitens des Flughafens fast

immer, das liege nicht in seinem Zuständigkeitsbereich.“ In einem Interview mit der Heimatzeitung betont Oestreich, dass der Flughafen ihrer Meinung nach ohnehin keinen direkten Einfluss habe, wesentlicher Stellfaktor seien die Airlines und die Austro Control. Die Sprecherin des Schutzverbands ist nach wie vor davon überzeugt, dass eine wirkliche Verbesserung der Situation nur zwischen den beiden Verkehrsministerien in Berlin und Wien erreicht werden könne.

„Wir haben uns wirklich gefreut, dass ein Brief der drei Bürgermeister ausreicht, dass die

Flughafenchefin sogar ihren Urlaub unterbricht und aufgrund des Briefs über konkrete Maßnahmen gesprochen und diese vereinbart wurden. Offensichtlich liegen hier doch mehr Einflussmöglichkeiten vor“, so Oestreich weiter. Auch die Eigentümerversorger würden jetzt dahinter stehen. „Was ist da passiert?“

Im offiziellen, von beiden Bundesministerien initiierten technischen Ausschuss seien viele konkrete Maßnahmen erarbeitet und zum Teil auch schon umgesetzt worden, jedoch ohne positive Folgen für Freilassing und ohne Einigung zwischen Wien und Berlin.

„Irgendetwas stimmt da nicht, denn in der Fluglärmkommission weigert sich die Austro Control entschieden, Beschlüsse der Fluglärmkommission umzusetzen, weil eben noch keine Einigung zwischen Berlin und Wien erfolgt ist“, so Oestreich. Da müsse etwas geschehen sein, wovon der Schutzverband nichts wisse. Oestreich betonte, sie warte die nächste Sitzung der Fluglärmkommission im Herbst ab. „Ich bin gespannt, was dort so alles vorgelegt wird und welche Entlastung nachgewiesen werden kann.“

Demo zum EU-Ratstreffen?

Die ursprünglich für den 15. September geplante Demo ist nun um eine Woche auf Samstag, 22. September, verschoben worden. Der Protestzug soll vom Rathausplatz zur Grenze an der Saalbrücke führen. „Ob es uns so genehmigt wird, steht aber noch nicht fest“, so Oestreich. Schon im November 2012 bei der ersten Demo wollten rund 500 Teilnehmer zur Grenze marschieren. Dies war allerdings damals vom Landratsamt nicht genehmigt worden. Im Zuge der Flüchtlingsbewegung sind allerdings mehrmals genehmigt rechte Gruppen demonstrierend zur Grenze gezogen und durften ihre Abschlusskundgebung sogar auf österreichischer Seite am Platz des ehemaligen Zollamts abhalten.